

# UNI-REPORT

31. Januar 1974

JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT

Jahrgang 7 / Nr. 2

## Hausordnung für die Universität

Der Kultusminister kündigt einen Erlaß an

Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen an der Universität Frankfurt haben dazu geführt, daß seitens des Staates beschleunigt Maßnahmen zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der Hochschulen ergriffen werden. Während auf Bundesebene über ein einheitliches Ordnungsrecht diskutiert wird, hat der Hessische Kultusminister mit Unterstützung der Landesregierung am Dienstag, dem 29. Januar 1974, auf einer Pressekonferenz einen Erlaß angekündigt, der noch in dieser Woche allen Hochschulen des Landes zugestellt werden soll. Darin wird dazu aufgefordert, ein „Hausordnungsrecht“ zu beschließen und einen Schlichtungsausschuß einzurichten.

Speziell die Universität Frankfurt wird die Auflage erhalten, das Hausordnungsrecht bis Anfang April zu erlassen. Zuständig ist dafür der Konvent, der es entsprechend der Bestimmung über die Satzung der Universität (§ 8 HUG) mit einer Mehrheit von zwei Dritteln, mindestens mit der Mehrheit seiner Mitglieder, beschließen müßte. Kommt ein solcher Beschluß nicht zustande – was in der gegenwärtigen Situation wahrscheinlich ist –, so wird der Kultusminister das Hausordnungsrecht im Wege der Ersatzvornahme erlassen.

Das Hausordnungsrecht soll nach dem Erlaß des Kultusministers eine Definition des „Hausordnungsverstößes“ als auch einen Katalog von Maßnahmen im Falle von Verstößen enthalten.

Ein Hausordnungsverstoß liegt dann vor, wenn eine Mitglied der Hochschule die Durchführung von Lehrveranstaltungen oder des Forschungsbetriebes stört oder behindert, indem es eine nach den Vorschriften des Strafgesetzbuches über

- Widerstand gegen die Staatsgewalt,
- Haus- oder Landfriedensbruch,
- Körperverletzung,
- Nötigung,
- Sachbeschädigung oder über

– gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen mit Strafe bedrohte Handlung begeht.

Als Maßnahmen gegen solche Handlungen sind vorgesehen:

- 1 Versagung der Teilnahme an einer bestimmten Veranstaltung, der Benutzung der entsprechenden Einrichtungen und Versagung der Teilnahme an Selbstverwaltungsgremien.
- 2 Versagung der Benutzung sämtlicher Einrichtungen der Hochschule bis zu einem Semester (jetzt schon möglich durch Hausverbot).
- 3 Ausschluß als Mitglied der Hochschule für das laufende

Semester und das folgende Semester, wenn Wiederholungsgefahr besteht.

Sofern ein Schlichtungsausschuß, der in § 24 HHG verankert ist, vorhanden und handlungsfähig ist, kann er die genannten Maßnahmen anordnen. Wenn er jedoch passiv bleibt, so nimmt der Präsident das Hausordnungsrecht wahr.

Kultusminister Prof. von Friedburg betonte auf der Pressekonferenz, daß das Hausordnungsrecht reinen „Präventivcharakter“ habe und nicht etwa einen „Sanktionscharakter“ wie das Disziplinarrecht oder das zur Diskussion stehende Ordnungsrecht. Es entspreche den Vorstellungen des Frankfurter Universitätspräsidenten, der insbesondere die Möglichkeit der Aberkennung eines Semesters als wirkungsvoll einschätzt. Weiterhin wies der Kultusminister eindringlich darauf hin, daß durch das anstehende Hausordnungsrecht geltendes Recht nicht geändert, sondern lediglich ausgeschöpft werde.



Etwa 3500 Studenten kamen zur Vollversammlung am 21. Januar auf den Campus. Sie bestätigten die Durchführung des „Aktiven Streiks“ ab sofort und beschlossen parallel dazu eine „Urabstimmung“, die bereits am folgenden Tag begann. Foto: Heisig

## Tutoren-Entlassung erregt Aufsehen

Eine Vorlesung des Wirtschaftswissenschaftlers, Prof. Dr. Joachim Gäbler, am 10. Januar war Ausgangspunkt des „Tutoren-Konflikts“, der inzwischen zu einem universitätsweiten Problem geworden ist. In dieser Vorlesung über Mikro-Ökonomie, die der Professor nach etwa 70 Minuten wegen Störungen abbrach, erklärte einer der sechs Tutoren dieser Lehrveranstaltung, daß alle

In einer öffentlichen Erklärung des gleichen Tages begründete er diese Maßnahme:

„Die betreffenden Tutoren waren einer Lehrveranstaltung des wirtschaftswissenschaftlichen Grundstudiums zugeteilt worden, die während dieses Semesters wiederholt gestört worden ist. Am 10. Januar versuchte sich der betreffende Hochschullehrer in der Lehrveranstaltung gegen einige Studenten durchzusetzen, die eine Diskussion sachfremder Fragen erzwingen wollten. In der lautstarken Auseinandersetzung drohte er schließlich einem der Störer mit Strafanzeige, falls er weiterhin die Lehrveranstaltung verhindern würde. Daraufhin erwiderte ihm ein Tutor, im Falle einer Anzeige würden alle Tutoren ihre Mitarbeit einstellen. Dieser Vorfall wurde durch Presseberichte in der Öffent-

lichkeit bekannt. Der Vizepräsident und Mitarbeiter der Rechtsabteilung haben daraufhin die betreffenden Tutoren in mehreren Gesprächen darüber aufgeklärt, daß ihre Drohung rechtswidrig und mit den Dienstpflichten unvereinbar sei. Die Tutoren wurden mehrmals unter Fristsetzung aufgefordert, ihre Erklärung entsprechend einzuschränken, da andernfalls ihre Arbeitsverträge gekündigt werden würden. In allen Erklärungen, die die Tutoren jedoch daraufhin schriftlich abgegeben haben, werden die Drohungen bekräftigt. In einer von weiteren 60 Tutoren unterschriebenen und bewußt provokativ formulierten Erklärung wurde mit Arbeitsniederlegungen und Kampfschritten gegen Hochschullehrer gedroht, die strafbare Handlungen in der Universität anzeigen würden.

ihre Arbeit niederlegen würden, falls weiterhin mit Strafanzeigen gegen studentische Störer, bzw. Diskutierende gedroht werde. Diesen sechs Tutoren, die zwar nicht mehr mit Prof. Gäbler, jedoch weiterhin mit den Studenten zusammenarbeiten wollten, kündigte der Präsident am 24. Januar fristlos das Arbeitsverhältnis.

Damit waren alle Bemühungen um eine gütliche Einigung gescheitert, und mir bleibt keine andere Wahl als die fristlose Kündigung.“

### Vollversammlung

Bereits zwei Tage vor der erwarteten Kündigung wurde eine Tutoren-Vollversammlung einberufen, in der über Solidaritätsaktionen mit den „Mikro-Tutoren“ diskutiert wurde. Das Ergebnis war eine Resolution, die mit 68 Unterschriften von Tutoren verschiedener Fachbereiche dem Präsidenten überreicht wurde. Der Wortlaut:

„Die unterzeichnenden Tutoren verurteilen aufs Schärfste die angedrohte Entlassung der Mikro-Tutoren (Fb 2). Insbesondere verurteilen wir die Absicht der Uni-Spitze im speziellen Verhalten der Mikro-Tutoren einen Vorwand zu fin-

den, Tutoren zu entlassen und verlangen die Weiterbeschäftigung der Tutoren unabhängig von ihrer politischen Überzeugung.“

Die Tutoren der Uni-Vollversammlung erklären, daß sie im Falle von Strafanzeigen gegen diskutierende Studenten nicht anders handeln werden, als die Mikro-Tutoren. Im Falle von Strafanzeigen gegen Studenten und Entlassungen von Tutoren werden wir unsere Zusammenarbeit mit den Hochschullehrern einstellen bzw. gezielte Kampfschritte einleiten.“

Auch diese Unterzeichner müssen mit einer fristlosen Kündigung rechnen, falls sie nicht, wie es in einem Schreiben des Präsidenten heißt, die in der „Resolution“ enthaltenen Drohungen ausdrücklich zu-

(Fortsetzung auf S. 2)

### Rückmeldung

Rückmeldung zum Sommersemester 1974 ist erstmals nur schriftlich in der Zeit vom 18. Februar bis 19. April 1974 möglich. Einzelheiten können aus dem Informationsblatt entnommen werden, das mit den Rückmeldeunterlagen verschickt wird.

## ... Entlassungen

(Fortsetzung von S. 1)

rücknehmen“, bzw. ihre Unterschrift „zurückziehen“. Als letzter Termin für eine entsprechende schriftliche Erklärung ist der 1. Februar, 12 Uhr, gesetzt.

In der Begründung weist der Präsident darauf hin, daß die Resolution eine „Androhung“ sei, die den „strafrechtlichen Tatbestand versuchter Nötigung“ erfülle. Denn:

„Sie versuchen, die betreffenden Hochschullehrer durch Druck zum Verzicht auf Strafanzeigen zu nötigen. Es ist aber das selbstverständliche Recht jedes Universitätsmitgliedes, sich auch innerhalb des Lehr- und Forschungsbetriebes gegen Rechtsbrüche durch Anzeigen zur Wehr zu setzen. Eine Strafanzeige ist rechtmäßig, so lange sie nicht den Tatbestand einer falschen Anschuldigung erfüllt. Zur Klarstellung weise ich ferner darauf hin, daß sich die Strafanzeige nicht gegen nur „diskutierende Studenten“ richtet, wie Sie in Ihrer Resolution schreiben. In allen strafrechtlich relevanten Fällen wurde vielmehr bewußt versucht, die Lehrveranstaltung zu verhindern oder gegen den

Willen des Hochschullehrers umzufunktionieren.“

Trotz der möglichen Konsequenz einer fristlosen Kündigung ist die Zahl der Resolutionsunterzeichner bis einschließlich Dienstag, den 29. Januar auf über 250 angestiegen. Das sind rund die Hälfte aller zur Zeit an der Universität Frankfurt beschäftigten Tutoren. Weitere Schritte wollten die Tutoren auf einer Vollversammlung am Mittwoch, den 30. Januar beraten, über die wegen des früheren Redaktionsschlusses in dieser Ausgabe nicht berichtet werden kann.

### FBK Neuere Philologien

Am 23. Januar hatte sich die Fachbereichskonferenz Neuere Philologien mit den bereits entlassenen sechs Tutoren solidarisiert. Unter anderem wurde folgender Antrag angenommen (38 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen, 6 Gegenstimmen):

„Die FBK unterstützt darüber hinaus die Resolution der Tutorenvollversammlung der J. W. Goethe-Universität, da sie die Auseinandersetzung zwischen dem Universitätspräsidenten und den Tutoren als Arbeitskampf versteht und es für gerechtfertigt hält, wenn die Tutoren in diesem Zusammenhang in ihrer Resolution von „gezielten Kampfmaßnahmen“ sprechen.“

In einer Erklärung zu Protokoll äußerte der Dekan Bedenken, weil in dem Antrag „gezielte Kampfmaßnahmen“ für gerechtfertigt angesehen werden. Er vertrat die Meinung, daß die Fachbereichskonferenz aus rechtlichen Gründen sich nicht mit einer solchen Ankündigung solidarisieren könne.

## Neue Studenten-Statistik

Fachbereich	WS 72/73			WS 73/74			
	Hauptfach-Stud.	davon Lehrerstud.	Korr. Stud. Zahl	Korr. Stud. Zahl	% Veränd. zu 72/73	Hauptfach-Stud.	davon Lehrerstud.
1 Rechtswissenschaften	1 963		2 055	2 270	+ 10	2 179	
2 Wirtschaftswiss.	2 479	58	2 202	2 370	+ 8	2 711	95
3 Gesellschaftswiss.	1 435	587	2 165	2 414	+ 12	1 669	672
4 Erziehungswiss.	1 726	503	2 134	2 801	+ 31	2 370	809
5 Psychologie	293	2	974	1 155	+ 19	325	2
6 Religionswiss.	124	79	114	134	+ 18	141	84
7 Philosophie	284	1	495	545	+ 10	306	
8 Geschichtswiss.	448	292	536	534	± 0	469	288
9 Klass. Phil. u. Kunst	512	341	482	596	+ 24	654	434
10 Neuere Philologie	3 780	3 260	2 204	2 446	+ 11	4 132	3 634
11 Ost- u. Außeneurop.	142	28	177	194	+ 10	158	37
12 Mathematik	1 355	928	905	1 023	+ 13	1 527	1 070
13 Physik	471	102	660	737	+ 12	552	124
14 Chemie	527	140	641	669	+ 4	570	163
15 Biochemie u. Pharm.	356		319	396	+ 24	411	
16 Biologie	612	413	492	531	+ 8	633	410
17 Geowissenschaften	169		227	267	+ 18	213	
18 Geographie	244	179	323	340	+ 5	235	156
19 Humanmedizin ungeklärt	1 744	9	1 610	1 808	+ 12	1 971	3
	51	9				3	1
<b>FBe 1 — 19</b>	<b>18 715</b>	<b>6 922</b>	<b>18 715</b>	<b>21 230</b>	<b>+ 13</b>	<b>21 230</b>	<b>7 982</b>

## Kurz notiert

**Bielefeld** — Der Senat der Bielefelder Universität hat die vom nordrhein-westfälischen Wissenschaftsminister genehmigte Verlagerung des Soziologie-Lehrstuhls von Prof. Dr. Helmut Schelsky von Bielefeld nach Münster als ungesetzlich bezeichnet. In einer Mitteilung betonte der Senat, daß die Umsetzungsmaßnahme gegen den erklärten Willen der Hochschule und der betroffenen Fakultät getroffen worden sei

und damit die Autonomie der Universität antaste. Schelsky hatte die Universität Bielefeld wegen Auseinandersetzungen in der Fakultät verlassen.

**Bonn** — Ein Studien- und Forschungsführer Informatik ist gemeinsam von der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung und vom Deutschen Akademischen Austauschdienst veröffentlicht worden. Die Schrift legt zum

ersten Mal einen zusammenfassenden Überblick über das in den letzten Jahren in der Bundesrepublik aufgebaute Fach Informatik vor.

**Wiesbaden** — Ein Aufbaustudiengang für Wirtschaftslehrer, über den graduierte Betriebswirte die Befähigung für das höhere Handelslehramt erlangen können, ist an der Gesamthochschule Kassel eingeführt worden.

Die nächste Ausgabe von **UNI-REPORT**

erscheint am 14. Februar 1974. Redaktionsschluß ist der 8. Februar 1974, in Ausnahmefällen auch später.

UNI-REPORT steht im Rahmen seiner Möglichkeiten allen Universitätsmitgliedern für Veröffentlichungen zur Verfügung.

## Fasching in der Uni

# Quartier Latin '74

**9 Bands.**

**8 Bars.**

**7 Stockwerke.**

**2 Non-Stop-Comics-Kinos.**

**1 Kostümprämierung.**

**Im Hörsaalgebäude der Frankfurter Uni.**

# 15. und 16. Februar 74

**Vorverkauf:**

ASTA der Uni, Jügelstraße 1,  
Jugendkiosk, Hauptwache B-Ebene,  
Verkehrsverein Hauptwache und Hbf,  
Reisebüro Nord-West, Nordwestzentrum,  
Schäfer, Schweizer Straße,  
Reiseladen an der Uni, Bockenheimer Ldstr. 142

**Eintritt:**

Schüler, Lehrlinge, Studenten: Fr. 8,— DM,  
Sa. 10,— DM

Sonstige Gäste: Fr. 12,— DM, Sa. 15,— DM

Abendkassenzuschlag: 3,— DM

# „Mehr Flagge zeigen!“

„Der Staat muß mehr Flagge zeigen!“ Mit diesem Motto kommentierte der Hessische Ministerpräsident Albert Osswald am 22. Januar durch den Regierungssprecher vor der Landespressekonferenz die Ergebnisse einer Arbeitsbesprechung über die Situation an der Frankfurter Universität am Tag zuvor. Organisatorisch bedeutet dies die Bildung einer

Arbeitsgruppe von verschiedenen Ressort der Landesregierung (Kultur-, Innen- und Justizministerium), der Universität Frankfurt und der Polizeiführung Frankfurt. Dieser „Krisenstab“ hat die Aufgabe, Maßnahmen zur Wiederherstellung eines geordneten Lehr- und Forschungsbetriebes an der Frankfurter Universität zu beraten.

Einige Tage später schaltete sich der Ministerpräsident erneut öffentlich in die Auseinandersetzungen an der Frankfurter Universität ein, indem er zur „Urabstimmung“ der Studenten Stellung nahm:

„Die gegenwärtig an der Universität Frankfurt vorbereiteten Maßnahmen stellen keinen Streik dar, sondern rechtswidrige Boykott-Maßnahmen, die einen kostspieligen Wissenschaftsbetrieb lahmlegen sollen.“

Wenn Studenten durch massive Boykott-Maßnahmen andere lernwillige Studenten an der Teilnahme von Vorlesungen hindern oder gar den Lehrbetrieb aktiv verhindern, so führen sie keinen Streik durch, sondern verstoßen gegen den Straftatbestand der Nötigung. Die radikalistischen Unruhestifter an der Universität Frankfurt sollen wissen, daß der Staat diesem Treiben nicht zusehen, sondern alle rechtlichen Mittel einsetzen wird, um die Funktionsfähigkeit der Hochschule zu gewährleisten.“

## Beschluß gegen den AStA

Schon am 14. Januar 1974 hatte der Verwaltungsgerichtshof Kassel der Studentenschaft und damit dem ASTA der Universität Frankfurt verboten, an rechtswidrigen Aktionen gegen die Vorlesung von Prof. Engels teilzunehmen. Nunmehr hat am 28. Februar das Frankfurter Verwaltungsgericht der Studentenschaft erweiternd untersagt, überhaupt Lehrveranstaltungen zu stören, zu Störungen aufzurufen, solche Störungen auf andere Weise zu unterstützen oder an ihnen mitzuwirken. Insbesondere wird die Studentenschaft verpflichtet, nicht mehr zum „Streik“ oder zum „Boycott“ von Lehrveranstaltungen aufzurufen oder hieran mitzuwirken. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wird der Studentenschaft die Festsetzung eines Zwangsgeldes von 2000 Mark angedroht.

Das Gericht hebt hervor, das geschützte Recht auf freie Lehre verpflichte die Studentenschaft, jedes Verhalten zu unterlassen, das die Störung einzelner Lehrveranstaltungen oder des gesamten Lehrbetriebes zum Ziele habe. Die gleiche Verpflichtung ergebe sich aus der Lernfreiheit.

Gegen das Recht der Hochschullehrer, ihre Unterrichtsveranstaltungen ungehindert und ohne Pressionen durchführen zu können und gegen das Recht des einzelnen Studenten, an Unterrichtsveranstaltungen ohne Behinderungen teilnehmen zu können, habe die Studentenschaft mit der Organisation des „Aktiven Streiks“ und des Aufrufs zum „Boycott“ der Lehrveranstaltungen verstoßen.



Pressekonferenz in Wiesbaden, bei der Kultusminister von Friedeburg und Präsident Kantzenbach Rede und Antwort standen. Foto: Bopp

In einer Erklärung vom 17. Januar nahm der Dekan des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften, Prof. Dr. Gerd Fleischmann, zu den gegenwärtigen Auseinandersetzungen Stellung. Die Erklärung in Auszügen:

### 1. Die Alternative — Begründung der Entscheidung

Am 15. 1. 1974 hat der Präsident im Einvernehmen mit dem Dekan des Fachbereichs die Lehrveranstaltungen im Grundstudium des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften ausgesetzt.

Mein Vorschlag war: Einstellung der unter Polizeischutz gehaltenen Vorlesung von Herrn Prof. Engels und Einführung neuer Verhaltensregeln in den Vorlesungen mit großer Hörerzahl, so daß der Konflikt um die Frage, was unter „Störung“ zu verstehen sei, gelöst werden kann. Der Präsident war der Ansicht, daß die Alternative nun sei: Fortsetzung der Vorlesung von Prof. Engels oder Einstellung aller Lehrveranstaltungen im Grundstudium des Fachbereichs.

Ich meinte und meine noch, daß die Einstellung der Lehrveranstaltungen nicht nur eine schwere Last für die Studenten ist, sondern daß sie auch die Suche nach neuen Verhaltensregeln erheblich erschwert. Die Fortsetzung der Vorlesung unter Polizeischutz erschien mir jedoch als das noch größere Übel.

### 2. Dilemma des kritischen Rationalismus?

Mir wird von marxistischen Studenten vorgehalten, ich sei

zwar ein ernsthafter Verteidiger der Idee freier, vorbehaltloser Kritik, aber ich müsse doch sehen, daß ich diese Idee keineswegs hätte durchsetzen können und daß es mir also erginge wie überzeugten Liberalen in dieser Gesellschaft überhaupt. An dieser Vorhaltung ist meines Erachtens richtig, daß es in unserer Gesellschaft Beschränkungen der Kritik gibt — z. B. dadurch, daß Fähigkeit und Mut zu Kritik nur unzureichend gefördert wird —, und daß die Herrschenden bestrebt sind, unbecommene Kritik in Grenzen zu halten. Aber ich schätze an dieser Gesellschaft, daß sie das Prinzip der Freiheit der Kritik für jedermann anerkennt und daß Einschränkungen nur mit schlechtem Gewissen vorgenommen werden. Dagegen gibt es viele sozialistische und kapitalistische Gesellschaften, in denen die Unterdrückung von Kritik ohne jeden Skrupel erfolgt.

### 3. ... Und das Dilemma des Neomarxisten

Die Heftigkeit des Konflikts in den Lehrveranstaltungen führe ich nicht in erster Linie darauf zurück, daß marxistische Studenten die Vermittlung der herrschenden ökonomischen Theorie verhindern wollen. Die moralische Empörung, die ich vielfach in den kritischen Beiträgen marxistischer Studenten wahrnehme, scheint mir eher

darauf hinzudeuten, daß sie enttäuscht darüber sind, daß sie auf ihre Fragen an Hochschullehrer oft nur Erwidierungen bekommen, in denen sie keine Antwort auf ihre Fragen erkennen können.

### 4. Apathische Mehrheit?

Den nichtmarxistischen Studenten, und sie bilden die Mehrheit unter den Studenten, wird oft der Vorwurf gemacht, durch ihre politische Gleichgültigkeit erhielten die jeweils radikalen Gruppen die Führungspositionen an der Universität. Ich meine, hier liegt nicht einfach Gleichgültigkeit, eine grundsätzliche politische Interessenlosigkeit vor, sondern ein Zielkonflikt, eine innere Spannung also, die ein aktives Handeln verhindert.

Das eine Ziel dieser Studenten kann umschrieben werden als die Forderung nach Einschränkung von Herrschaft. Anerkannt werden nur noch Autoritäten, die sich infragestellen lassen, Personen also, die sich nicht hinter ihrer Rolle — z. B. als Hochschullehrer — verstecken. Das andere Ziel läßt sich charakterisieren als eine Humanisierung des Gesellschaftssystems durch Veränderung, nicht durch Aufhebung des Systems. Nun läßt sich kaum leugnen, daß die marxistischen Studentengruppen am wirksamsten auf eine Beschränkung



An der „Urabstimmung“ über den „Streik“ beteiligten sich 48 Prozent der immatrikulierten Studenten. Von den 10 131 abgegebenen Stimmen waren 54 Prozent für den Streik und 43,7 Prozent dagegen. 226 Studenten (2,2 Prozent) kreuzten auf dem Stimmzettel „Enthaltung“ an. Die Abstimmung dauerte vom 22. bis 25. Januar. Foto: Bopp

## Dohnanyi verurteilt, Streik

Als „arbeitnehmerfeindlich“ bezeichnete Bundeswissenschaftsminister Klaus von Dohnanyi am Montag, den 28. Januar, in Bonn den Generalstreiksbeschuß der Minderheitsstudenten in Frankfurt. „In einer Zeit, in der Arbeiter und Angestellte in der Bundesrepublik Deutschland mit den schwierigen Folgen weltwirtschaftlicher Krisen zu kämpfen haben, ist ein Generalstreik von Studenten wegen politischer Meinungsverschiedenheit mit einem Professor eigentlich eine Unverschämtheit und ein Hohn auf die angelegliche Solidarität der Rädelführer mit der Arbeiterklasse. Der Minister zeigte sich be-

sorgt um die Chancen einer freiheitlichen Bildungsreform, wenn „weiterhin kleine Minderheiten von Störern und Gewalttätigen die Reformbewegung als ganzes in Mißkredit bringen.“

Diese Gruppen arbeiten eindeutig gegen die Interessen der Studenten. Wenn heute immer lautstärker neue Gesetzesregelungen zur Erhaltung der Ordnung an den Hochschulen gefordert werden, dann muß die Mehrheit der Studenten wissen, daß das wirksamste Mittel gegen überzogene Ordnungsrechte eine klare Absage der Mehrheit an die radikalen Minderheiten und Störenfriede ist.

## Fleischmann: Neues Verhalten

der Herrschaft an der Universität hinwirken; insofern finden sie Unterstützung durch die sogenannte „schweigende Mehrheit“. Andererseits folgt diese Mehrheit keineswegs der Parole der Systemüberwindung. Als Folge dieser ambivalenten Haltung ist ein Nicht-Handeln zu erwarten.

Politisches Engagement der Mehrheit wäre nach dieser Analyse erst zu erwarten, wenn die Forderung nach Herrschaftsabbau deutlicher als bisher erfüllt würde. Beschränkung der Herrschaft ist nun m. E. nicht nur eine Wunschvorstellung junger Menschen. Die Forderung entspricht durchaus auch dem Stand der modernen Wissenschaftstheorie, insbesondere des kritischen Rationalismus (Karl R. Popper). Nachdem die Ansicht als irrig erwiesen wurde, durch Reinigung des Geistes von Vorurteilen — z. B. durch Promotion und Habilitation — könne man die reine Wahrheit schauen, lassen sich auch die entsprechenden sozialen Regelungen nicht mehr vertreten. Entscheidend für den Fortschritt der Wissenschaft ist nach heutiger Auffassung einmal die Bereitschaft und Fähigkeit, kühne neue Gedanken zu entwickeln, und andererseits Bereitschaft

und Fähigkeit, diese Gedanken ernsthaft zu kritisieren, so daß Irrtümer eliminiert werden können. Nicht nur um des Fortschritts der Wissenschaft, sondern auch um der Artikulationsbereitschaft der Mehrheit der Studenten willen scheint es mir eine der vordringlichsten Aufgaben der Hochschullehrer zu sein, Kritik nicht nur im Prinzip anzuerkennen, sondern auch praktische Einrichtungen zu entwickeln, die die Chance der Kritik erhöhen.

### 5. Konflikte und neue Verhaltensregeln

Als eine der Einrichtungen, die die Chance der Kritik erhöhen könnten, betrachte ich neue Verhaltensregeln für Vorlesungen, in denen Konflikte über den Ablauf von Diskussionen entstehen. Ich rege Beratungen über solche Regeln und ihre Erprobung an. Eine Regel könnte dabei z. B. vorsehen, daß ein Teil der Vorlesung für Debatten bestimmt ist, und daß im übrigen Teil der Vorlesung Verständnisfragen bis zu einer vereinbarten Höchstzahl je Stunde möglich sind. Für Anregungen zu solchen Verhaltensregeln wäre ich sehr dankbar.

Es ist dabei nicht zu erwarten, daß die Anwendung neuer Verhaltensregeln sofort eine Konfliktlösung bringt. Das ist erst nach einer längeren Experimentierzeit zu erwarten, in der insbesondere wir Hochschullehrer stärker als bisher akzeptieren sollten, daß Kritik keine Infragestellung unseres Selbstwertes bedeutet.

Personalien

Chemie

Professor Dr. Hartwig Kelm hat auf Einladung der chemischen Institute der Aristotelian University am 17. Dezember in Thessaloniki einen Vortrag über „Ligand Reactivity of Coordination Compounds and Homogeneous Catalysis“ gehalten.

Pharmazie

Prof. Dr. H. Oelschläger leitete gemeinsam mit Prof. Dr. Dr. Mutschler von der Universität Mainz den 4. Internationalen Pharmazeutischen Fortbildungskongress in Davos vom 12. bis 19. Januar 1974, der von mehr als 1600 Teilnehmern besucht wurde. Er hielt außerdem einen Plenarvortrag über „Sexualhormone“.

Humanmedizin

Frau Professor Dr. Lilo Stüllwold erhielt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) 46.800 Mark für ihr Projekt zur Erforschung von Primärstörungen der Schizophrenie, Klassifikation und Verhaltenstherapie von Zwangssyndromen.

Professor Dr. V. Sigusch wurde zum Charter Member der International Academy of Sex Research, Los Angeles, ernannt.

Außerdem wurde er vom Journal of Sex Research, New York, zum Co-Editor für Westdeutschland berufen.

Leserbriefe

Der KSV im Kampf für das Ordnungsrecht

Endlich ist es dem KSV mit seinen kuriosen Methoden, Ziele zu vertreten, gelungen, den Uni-Generalstreik auszurufen. Das Getöse ist verständlich, zumal Herrn Engels die Studenten gemäß Studienplan zur Indoktrinierung zur Verfügung gestellt werden. Die Borniertheit aber, mit der diese Gruppe versucht, Hochschulpolitik zu betreiben, ist wahrlich erschreckend. Offensichtlich sind ihre Anhänger unfähig, in geeigneter Weise über ihre Methoden und Ziele zu reflektieren. In Zeiten, in denen überall über Hochschulgesetze debattiert wird, liefern sie zum Punkt Ordnungsrecht die besten Argumente. Die KSV-Groopies glauben doch nicht wirklich, daß sie mit linksfaschistischen Methoden auch nur den geringsten Einfluß auf die Hochschulgremien in ihrem Sinne ausüben können. Ja sie werden es im Gegenteil auf die Dauer sicherlich zustandebringen, daß sich auch die letzten Hochschulreformer für ein Ordnungsrecht im Sinne der Reaktion einsetzen.

Immerhin ist es den Methoden des KSV zu verdanken, daß in der öffentlichen Diskussion nichts von der Schande zu hören ist, daß auch politische Werbung unter dem Deckmantel der „Lehrfreiheit“ an der Hochschule ungerügt praktiziert werden darf, sondern vom Vorgehen militanter Störtrupps in den Hörsälen.

Solange der KSV den Kampf zum Fetisch erklärt, werden seine Onanieversuche an den Universitäten für die gesamte Studentenschaft nur zur Folge haben, daß die reaktionären Kräfte ihren Einfluß mit den besten Argumenten untermauern können.

Gerhard Weißler  
Student im FB Physik

# Beschluß über die Fachbereichszugehörigkeit

Der Zentrale Lehr- und Studienausschuß hat im vergangenen Jahr einen Beschluß gefaßt, in dem die Fachbereichszugehörigkeit der Studierenden geregelt wird. Die Regelung ist bedeutsam für das Wahlrecht und wird auch auf die Wiederholungswahlen für studentische Mitglieder in den Fachbereichskonferenzen Gesellschaftswissenschaften und Erziehungswissenschaften angewandt.

Der Beschluß im Wortlaut: Jeder Studierende kann bis zu drei Fachbereichen angehören. Hierzu ist eine Erklärung des Studierenden bei der Einschreibung bzw. Rückmeldung erforderlich, welchen Fachbereichen er angehören will. Er kann nur für solche Fachbereiche optieren, in denen solche Fachgebiete vertreten sind, die in einem erkennbaren Zusammenhang zu dem von ihm gewählten Studiengang stehen. Erfolgt keine Option, so gehört der Studierende dem Fachbereich

an, dem das in Frage 13 der Studentenstammkarte zuerst genannte Studienfach zugeordnet ist. Die Studierenden sind über die Folgen der Erklärung zur Fachbereichszugehörigkeit bzw. der Zuordnung über Frage 13 der Studentenstammkarte für das Wahlrecht hinreichend zu informieren.

Die Abkürzungen der Abschlüsse in den beiden folgenden Tabellen bedeuten:  
D = Diplom  
M = Magister

- P = Promotion
- PoA = Promotion ohne Abschluß
- St = Staatsexamen
- L1 = Staatsexamen für Lehramt Primarstufe
- L2 = Staatsexamen für Lehramt Sekundarstufe 1
- L3 = Staatsexamen für Lehramt Sekundarstufe 2
- L4 = Staatsexamen für Lehramt an Sonderschulen

## Mögliche Zuordnungen von Studienfächern zu Fachbereichen

Studienfächer (nach Abschlüssen)	Fachbereiche
135 Rechtswissenschaften (St)	1, 2, 3,
Rechtswissenschaften (P)	1, 2, 3,
021 Betriebswirtschaftslehre (D)	1, 2, 3, 4, 18
175 Volkswirtschaftslehre (D)	1, 2, 3, 4, 18
181 Wirtschaftspädagogik (D)	1, 2, 3, 4, 10, 18
Wirtschaftswissenschaften (P)	2, 3, 18
149 Soziologie (D)	1, 2, 3, 4, 5, 7, 8, 9, 10, 11, 18
Soziologie (P)	1, 2, 3, 4, 5, 7, 8, 9, 10, 11, 18
Sozialkunde (L1)	3, 4, 5,
Sozialkunde (L2)	3, 4, 5,
Sozialkunde (L3)	3, 4, 5,
Sozialkunde (L4)	3, 4, 5,
Politikwissenschaften (Nbf) (P)	3
Politik (Nbf) (L3)	3, 4, 5,
052 Pädagogik bis Vorprüfung (D)	3, 4, 5,
Pädagogik (P)	2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18
Pädagogik (Erw. Prüf.) (L3)	3, 4, 5,
361 Schulpädagogik (D)	3, 4, 5,
363 Sozialpädagogik und Sozialarbeit (D)	1, 3, 4, 5,
321 Erwachsenenbildung u. außerschulische Jugendbildung (D)	3, 4, 5, 6, 7,
362 Sonderpädagogische Einr. (D)	4
361 Schulpädagogen (Erw. Prüf.) (L3)	4
363 Sozialpäd. u. Sozialarbeit (L3)	4
321 Erwachsenenbildung (L3)	4
362 Sonderpäd. Einrichtung (L3)	4
098 Sportwissenschaften (MP)	3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18
Leibeserziehung (L1)	3, 4, 5,
Leibeserziehung (L2)	3, 4, 5,
Leibeserziehung (L3)	3, 4, 5,
Leibeserziehung (L4)	3, 4, 5,
Sonderpädagogische Fachrichtungen	
099 Lernbehinderte (L4)	3, 4, 5, 6, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18
170 Verhaltensgestörte (L4)	3, 4, 5, 6, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18
209 Praktisch Bildbare (L4)	3, 4, 5, 6, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18
132 Psychologie (D)	3, 4, 5, 7, 16
Psychologie (P)	1, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18, 19
Psychologie (Erw. prüf.) (L3)	5
086 Kath. Rel. Philosophie und Theologie (M-P-PoA)	3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18
Kath. Rel. Philosophie und Theologie (L1)	3, 4, 5, 6,
Kath. Rel. Philosophie und Theologie (L2)	3, 4, 5, 6,
Kath. Rel. Philosophie und Theologie (L3)	3, 4, 5, 6,
Kath. Rel. Philosophie und Theologie (L4)	3, 4, 5, 6,
053 Evangel. Theologie (M-P-PoA)	3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18
Evangel. Religion (L1)	3, 4, 5, 6,
Evangel. Religion (L2)	3, 4, 5, 6,
Evangel. Religion (L3)	3, 4, 5, 6,
Evangel. Religion (L4)	3, 4, 5, 6,
127 Philosophie (M-P-PoA)	3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18
Philosophie (Erw. prüf.) (L3)	7
068 Geschichte (L1)	3, 4, 5, 8,
Geschichte (L2)	3, 4, 5, 8,
Geschichte (L3)	3, 4, 5, 8,
Geschichte (L4)	3, 4, 5, 8,
173 Völkerkunde (M-P-PoA)	1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 18
683 Vor- u. Frühgeschichte (M-P-PoA)	1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 18
684 Alte Geschichte (M-P-PoA)	1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 18
685 Hilfswissenschaften der Altertumskunde (M-P-PoA)	1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 18
687 Gesch. u. Kultur d. röm. Provinzen (M-P-PoA)	1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 18
688 Mittlere u. Neuere Geschichte (M-P-PoA)	1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 18
690 Osteurop. Gesch. (M-P-PoA)	1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 18
005 Latein. Philologie (M-P-PoA)	1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 18
095 Latein (L3)	3, 4, 5, 9,
702 Griech. Philologie (M-P-PoA)	1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 18

Studienfächer (nach Abschlüssen)	Fachbereiche
070 Griechisch (L3)	3, 4, 5, 9,
012 Klass. Archäologie (PoA)	8, 9,
Vorderasiat. Archäologie (PoA)	8, 9,
091 Kunsterziehung (L1)	3, 4, 5, 9,
Kunsterziehung (L2)	3, 4, 5, 9,
Kunsterziehung (L4)	3, 4, 5, 9,
092 Kunstgeschichte (PoA)	3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18
092 Bild. Kunst u. Werken (L3)	3, 4, 5, 9
114 Musikwissenschaften (PoA)	3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18
113 Musikerziehung (L1)	3, 4, 5, 9
Musikerziehung (L2)	3, 4, 5, 9
Musikerziehung (L4)	3, 4, 5, 9
113 Musik (L3)	3, 4, 5, 9
174 Volkskunde (M-P-PoA)	3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18
067 Germanistik (M-P-PoA)	3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18
120 German. u. Altnord. Phil. (M-P-PoA)	3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18
036 Deutsch (L1)	3, 4, 5, 10
Deutsch (L2)	3, 4, 5, 10
Deutsch (L3)	3, 4, 5, 10
Deutsch (L4)	3, 4, 5, 10
008 Engl. Philologie (M-P-PoA)	3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18
049 Englisch (L1)	3, 4, 5, 10
Englisch (L2)	3, 4, 5, 10
Englisch (L3)	3, 4, 5, 10
Englisch (L4)	3, 4, 5, 10
006 Amerikanistik (M-P-PoA)	3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18
137 Roman-Phil. (M-P-PoA)	3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18
059 Französisch (L1)	3, 4, 5, 10
Französisch (L2)	3, 4, 5, 10
Französisch (L3)	3, 4, 5, 10
Französisch (L4)	3, 4, 5, 10
150 Spanisch (Erw. prüf.) (L3)	10
084 Italienisch (Erw. prüf.) (L3)	10
146 Slawische Phil. (M-P-PoA)	3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18
139 Russisch (L1)	3, 4, 5, 11
Russisch (L2)	3, 4, 5, 11
Russisch (L3)	3, 4, 5, 11
Russisch (L4)	3, 4, 5, 11
122 Oriental. Phil. (M-P-PoA)	11, 9
083 Islamwissenschaften (M-P-PoA)	11, 9
Chinesische Phil. (M-P-PoA)	11, 9
Japan. Phil. (M-P-PoA)	11, 9
691 Gesch. und Kultur Ostasiens (M-P-PoA)	8, 11, 9
152 Indogerm. Sprachwiss. (M-P-PoA)	10, 11, 9
Phonetik und Allgem. Sprachwissenschaften (M-P-PoA)	10, 11, 9
198 Judaistik (M-P-PoA)	11, 9
073 Hebräisch (Erw. prüf.) (L3)	11
105 Mathematik (D)	2, 12, 13, 17
Mathematik (P)	9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17
Mathematik (L1)	3, 4, 5, 12
Mathematik (L2)	3, 4, 5, 12
Mathematik (L3)	3, 4, 5, 12
Mathematik (L4)	3, 4, 5, 12
128 Physik (D)	12, 13, 14, 15, 16, 17
Physik (P)	2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17
Physik (L1)	3, 4, 5, 13
Physik (L2)	3, 4, 5, 13
Physik (L3)	3, 4, 5, 13
Physik (L4)	3, 4, 5, 13
705 Gesch. d. Naturwiss. (P-PoA)	2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18
032 Chemie (D)	12, 13, 14
Chemie (P)	2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18
Chemie (L1)	3, 4, 5, 14
Chemie (L2)	3, 4, 5, 14
Chemie (L3)	3, 4, 5, 14
Chemie (L4)	3, 4, 5, 14
096 Lebensmittelchemie (nur ab Vordiplom) (St)	14
126 Pharmazie (St)	15
Pharmazie (P)	14, 15, 16, 19
026 Biologie (D)	13, 14, 15, 16
Biologie (P)	2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18
Biologie (L1)	3, 4, 5, 16

# Entstellender Artikel

Durch einen entstellenden Artikel in der Bild-Zeitung vom 24. Januar mit der Überschrift „Dreieinigkeit an Frankfurts Uni: Faule, Dumme, Radikale“ wurde der Dekan des Fachbereichs Mathematik, Prof. Hans Kerner, Zielpunkt heftiger Vorwürfe von Studenten seines Fachbereichs. Seine angeblichen Äußerungen standen auf der Tagesordnung einer von der „provisorischen Fachschaft“ Mathematik einberufenen Vollversammlung am 28. Januar. Prof. Kerner kam selbst zu dieser Vollversammlung und verlas eine Erklärung, die er außerdem schriftlich in großer Auflage verteilte.

Ergänzend zu seiner Darstellung ist zu erwähnen, daß das Gespräch mit dem Bild-Journalisten ohne Verabredung auf dem Flur vor einem Hörsaal stattfand, ohne daß Prof. Kerner wußte, mit wem er sich unterhielt. Sein Gesprächspartner machte sich keine Notizen. Prof. Kerner nahm nicht Stellung zu aktuellen Vorfällen.

Die Erklärung von Prof. Kerner im Wortlaut:

„Die in der Bild-Zeitung mir unterstellten Äußerungen von den Faulen, den Dummen und den Linken sind falsch wiedergegeben. Der Artikel kam folgendermaßen zustande: Ein Reporter suchte das Gespräch mit mir und fragte mich, wie sich Hochschullehrer bei Vorlesungsstörungen verhalten. Ich erläuterte ihm dies in einem längeren Gespräch am Beispiel von Störungen, die ich 1968 und 1971 erlebt hatte. Ich ging aus von dem nicht von mir stammenden Zitat der „Koalition der Radikalen mit den Dummen und Faulen“ und versuchte, die unterschiedlichen Motive zu erläutern. Eine Gruppe stört aus politischen Motiven; ein Teil der Studenten, die Schwierigkeiten mit dem Vorlesungsstoff haben, schließt sich dem an. In diesem Zusammenhang erzählte ich aus meiner eigenen Studienzzeit, daß auch uns der Stoff des ersten Semesters besonders schwer gefallen war, so daß ich ein gewisses Verständnis für diese Reaktion hatte. Eine weitere Gruppe von Studenten wehrt sich gegen Leistungs-kontrollen; es handelt sich da-

bei meist um interessierte Studenten, die erklärten, daß sie gerne freiwillig Übungsaufgaben bearbeiten würden; sie wehrten sich lediglich gegen zunehmende Verschulung. Ich versuchte meinem Gesprächspartner klarzumachen, daß ich für diese letztgenannte Gruppe gewisse Sympathien hätte und daß es sehr schwierig sei, bei Vorlesungsstörungen, die aus so unterschiedlichen Motiven erfolgen, richtig zu reagieren. Mit dem obigen Zitat habe ich mich nie identifiziert; in dem Gespräch machte ich keine einzige Bemerkung, die man als abwertend empfinden könnte. Ausdrücke wie „die meisten meiner Kollegen haben davor Angst“, „brodelnde Masse“ und „furchtbare Koalition“ habe ich nicht gebraucht. Ich würde es sehr bedauern, wenn dieser Artikel zum Anlaß genommen würde, das Gespräch zu beeinträchtigen, das wir immer zwischen den unterschiedlichsten Gruppen geführt haben und bei dem sich viele Angehörige des Fachbereichs trotz sachlicher Differenzen menschlich nähergekommen sind.“



Im Studentenhaus gibt es eine neue Einrichtung: das Kommunikations-Zentrum. Am vergangenen Mittwoch wurde es eröffnet und hat seitdem regen Zuspruch. Das Kommunikations-Zentrum beruht auf der Initiative einer Studentengruppe, die damit keine „Cliqueswirtschaft oder einen dogmatischen Politzirkel“ schaffen will. Der Gruppe geht es darum, „eine Kooperationsbasis für verändernde Initiativen zu geben“.

## Termine

Dienstag, 5. Februar, 18 Uhr c.t., Seminarraum 308 des Geographischen Instituts, Senckenberganlage 36: „Agrarstrukturprobleme Nordhes-

sens.“ Vortrag von Dr. A. Pletsch, Marburg.

Dienstag, 5. Februar, 19.30 Uhr, Großer Hörsaal der Biologischen Institute, Siesmayerstraße 70: „Aspekte einer Virus-therapie.“ Vortrag von Prof. Dr. Adolf Wacker, Frankfurt.

Freitag, 8. Februar, 20 Uhr c.t., Seminarraum 4 des Fachbereichs Philosophie, Dantestraße 4-6 pt.: „Determinismus und die Struktur der Zeit.“ Vortrag von Prof. Dr. Georg Henrik von Wright, Helsingfors.

Studienfächer (nach Abschlüssen)	Fachbereiche
Biologie (L2)	3, 4, 5, 16
Biologie (L3)	3, 4, 5, 16
Biologie (L4)	3, 4, 5, 16
065 Geologie einschl. Paläontologie	(D) 12, 13, 14, 17
Geologie einschl. Paläontologie	(P) 12, 13, 14, 17
066 Geophysik	(D) 12, 13, 14, 17
Geophysik	(P) 12, 13, 14, 17
110 Meteorologie	(D) 12, 13, 14, 17
Meteorologie	(P) 12, 13, 14, 17

Studienfächer (nach Abschlüssen)	Fachbereiche
111 Mineralogie	(D) 12, 13, 14, 17
Mineralogie	(P) 12, 13, 14, 17
050 Geographie	(D) 17, 18, 3
Geographie	(P) 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18
Erdkunde	(L1) 3, 4, 5, 18
Erdkunde	(L2) 3, 4, 5, 18
Erdkunde	(L3) 3, 4, 5, 17, 18
Erdkunde	(L4) 3, 4, 5, 18
107 Medizin	(St-P) 13, 14, 16, 19
185 Zahnmedizin	(St-P) 13, 14, 16, 19

## Studiengänge bzw. -fächer und Studienabschlüsse

Kennziffer des Studienfaches	Angestrebter Studienabschluß mit Kennziffer									
	D		M		PoA	St	L1	L2	L3	L4
	01	02	06	07	05	21	23	25	26	
135 Rechtswissenschaften										
021 Betriebsw. Lehre										
175 Volkswirtsch. Lehre										
181 Wirtsch. Pädagogik (Stud. f. d. Lehramt an beruflichen Schulen kaufm. Fachrichtung)										
149 Soziologie (Sozialkunde)										
129 Politik (Nebenfach)										
052 Pädagogik (Erzieh.-Wiss.) (f. Abschl. 01 bis zur Vorprüf.)										
ab Dipl.-Prüf.										
361 Schulpädagogik										
363 Sozialpäd. u. Sozialarb.										
321 Erwachsenenbildg. u. außerschul. Jugendbildg.										
362 Sonderpäd. Einrichtg.										
098 Sportwiss./Leibeserz. Sonderpädagogische Fachrichtungen:										
099 Lernbehinderte										
170 Verhaltensgestörte										
209 Praktisch Bildbare										
132 Psychologie										
086 Kath. Religionsphil. u. Theologie / Kath. Relig.										
053 Evang. Theologie / Evang. Religion										
127 Philosophie										
068 Geschichte										
173 Völkerkunde										
683 Vor- u. Frühgeschichte										
684 Alte Geschichte										
685 Hilfswiss. d. Altertums-kunde										
687 Gesch. u. Kultur d. röm. Provinzen										
688 Mittl. u. Neuere Gesch.										
690 Osteurop. Geschichte										
005 Lateinische Philol.										
095 Latein										
702 Griech. Philol.										
070 Griechisch										
012 Klass. Archäologie Vorderasiatische Archäologie										
091 Kunsterziehung										

Kennziffer des Studienfaches	Angestrebter Studienabschluß mit Kennziffer									
	D		M		PoA	St	L1	L2	L3	L4
	01	02	06	07	05	21	23	25	26	
092 Kunstgeschichte										
114 Musikwissenschaften										
113 Musikerziehung										
174 Volkskunde										
067 Germanistik										
120 Germ. u. altnord. Philol.										
036 Deutsch										
008 Englische Philologie										
049 Englisch										
006 Amerikanistik										
137 Roman. Philologie										
059 Französisch										
150 Spanisch										
084 Italienisch										
146 Slaw. Philologie										
139 Russisch										
122 Orientalische Philol.										
083 Islamwissenschaften										
Chines. Philologie										
Japan. Philologie										
691 Gesch. u. Kultur Ostasiens										
152 Indogerm. Sprachwiss. Phonetik u. allg. Sprachwissensch.										
198 Judaistik										
073 Hebräisch										
105 Mathematik										
128 Physik										
705 Gesch. d. Naturwiss.										
032 Chemie (außer Lebensmittelchemie)										
096 Lebensmittelchemie (nur ab Vordiplom)										
126 Pharmazie										
026 Biologie										
065 Geologie einschl. Paläontologie										
066 Geophysik										
110 Meteorologie										
111 Mineralogie										
050 Geographie										
Erdkunde										
107 Medizin (auß. Zahnmed.)										
108 Zahnmedizin										

1) Fach der Erweiterungsprüfung (Nebenfach)  
2) nur Studenten höherer Semester

## Zimmer frei

Der zweite Bauabschnitt des Studentenwohnheims an der Ginnheimer Landstraße ist am 1. April bezugsfertig. 510 Einzelzimmer zum Preis von 115 DM sind zu vermieten. Bewerbungsunterlagen gibt es an der Pforte des Studentenhauses, Mertonstraße.

## Forschung

Anlässlich der Entdeckung von Franz-Josephs-Land (1873) gedachten die Geographen Prof. Dr. Fick (Geschichte der Polar-entdeckungen), Prof. Dr. Matz-netter (Lebenslauf und wissenschaftliches Werk Carl Weyprechts), Prof. Dr. Semmel (eigene Polarforschung auf Spitzbergen 1974) der österreich-ungarischen Polarexpedition von 1872-74. Sie wurde von dem aus dem Odenwald gebürtigen Carl Weyprecht geleitet und durch die Frankfurter Geogr. Gesellschaft teilfinanziert. Die Frankfurter Geographen würdigten die Leistungen der Expedition am 12. Dezember im Rahmen eines Symposions innerhalb der Geographischen Gesellschaft und in einem Interview im Hessischen Rundfunk am 13. Dezember 1973.

## Kurz notiert

Auch am Fachbereich Humanmedizin ist entgegen einer anderen früheren Meldung der Vorlesungsbeginn im kommenden Sommersemester am 1. April 1974. Dieser Termin gilt einheitlich für alle hessischen Hochschulen. Die Unterrichtsveranstaltungen werden entsprechend der Vorverlegung um zwei Wochen auch früher beendet als bisher üblich, nämlich am 29.6. 1974.

# Wahlvorschläge FB 3 und 4

Die zugelassenen Wahlvorschläge für die Wahlen der Studentenvertreter zu den Fachbereichskonferenzen Gesellschaftswissenschaften und Erziehungswissenschaften sind:

## Fachbereich 3 Gesellschaftswissenschaften

### Liste 1

- MSB Spartakus**
1. Michael Boedecker
  2. Klaus Priester
  3. Ingeborg Nödinger
  4. Peter Schäck
  5. Elmar Rühl
  6. Regina Luckner

### Liste 2

- Sozialliberaler Hochschulverband**
1. Ulrike Müller

### Liste 3

#### Kommunistischer Studentenbund

1. Jürgen Schulz
2. Brigitte Disselhoff
3. Bernd Weyland
4. Michael Müller
5. Julia Meyer
6. Volkmar Klohn
7. Ingolf Elfers
8. Peter Klaas
9. Ralph Strobel
10. Heiko Windolph
11. Wolfgang Metzler

## Fachbereich 4 Erziehungswissenschaften

### Liste 1

#### Sozialliberaler Hochschulverband

1. Peter Axt
2. Ulrike Schmandt

### Liste 2

#### Kommunistischer Studentenbund

1. Ingrid Zoller
2. Peter Feix
3. Manfred Reiter
4. Karen Schniedewind
5. Elisabeth Bähr
6. Barbara von Tobien
7. Eva Rathmann
8. Uwe Hehr
9. Uwe Söhl
10. Uschi Gürtler
11. Werner Schneider

### Liste 3

#### MSB Spartakus

1. Rutha Marth
2. Günter Schönherr
3. Herbert Goetz
4. Radegundis Glenzer

### Liste 4

- Kritische Union/RCDS**
1. Almut Stephan
  2. Brigitte Brand

# Höchstzahlen für SS

Die Aufnahmequoten von Studienbewerbern für „Numerus clausus-Fächer“ an den Hessischen Hochschulen stehen inzwischen für das Sommersemester 1974 fest. Sie sind im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen vom 13. Dezember 1973 veröffentlicht. Für die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt gelten die in der folgenden Tabelle genannten Höchstzahlen.

Studiengang / Studiengangkombination	Höchstzahl Studienanfänger	für höhere Semester
Medizin	180	nach Maßgabe freier Plätze
Zahnmedizin	30	nach Maßgabe freier Plätze
Lebensmittelchemie	6	keine Beschränkung
Pharmazie	50	nach Maßgabe freier Plätze
Psychologie	45	
Pädagogik	166	
Biologie, Diplomstudiengang Chemie, Diplomstudiengang Studium für das Lehramt an Gymnasien	7	keine Beschränkung
— Studiengangkombination Biologie / Chemie	31	
— Studiengangkombination Biologie / sonstiges Fach	10	nach Maßgabe freier Plätze
— Studiengangkombination Chemie / sonstiges Fach	6	nach Maßgabe freier Plätze
Studiengang Biologie für die Lehramter an Grundschulen sowie Hauptschulen und Realschulen *	21	keine Beschränkung
	40	keine Beschränkung

\* Die Höchstzahl bezieht sich auf Studienbewerber, die Biologie zum Wahlfach nehmen. Wahlfachdidaktiker unterliegen keinen Beschränkungen.

# „Tagesfamilie“

In letzter Zeit sind von verschiedenen Personengruppen Probleme bezüglich des „Studentischen Wohnens“ an die Katholische Studentengemeinde an der Universität Frankfurt herangetragen worden. Aus den vielen vorgeschlagenen und von Studenten initiierten Unternehmungen soll jetzt ein Projekt besonders verfolgt werden.

Es handelt sich um die Errichtung einer Tagesfamilie für Studentenkinder. Die Katholische Studentengemeinde möchte, soweit es in ihren Möglichkeiten liegt, diese stu-

dentische Initiative unterstützen und fördern.

Folgende Schwerpunkte werden bei diesem Projekt gesetzt werden:

1. Betreuung der Kinder zu bestimmten Tagesstunden unter Zuhilfenahme der Eltern.
2. Diskussionsforum über Studentenfragen.

Interessenten, die sich an dem Projekt beteiligen möchten, können sich um weitere Auskünfte wenden an den Referenten für Soziales der Katholischen Studentengemeinde, Herrn Antoon Prinsen, Beethovenstraße 28, Tel. 74 80 77.



In den einzelnen Fachbereichen wurde in Vollversammlungen über die Art der Durchführung des „Streiks“ diskutiert. Die Ergebnisse der Fachbereichs-Vollversammlungen standen auf dieser Übersicht an der Mensa. Foto: Heisig

## UNI-REPORT

Zeitung der Universität Frankfurt am Main. Herausgegeben von der Presse- und Informationsstelle der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, 6 Frankfurt am Main 1, Senckenberganlage 31, Telefon 7 98 - 25 31 oder 24 72. Fernschreibanschluß 0 413 932 unif d. Redaktion: Andrea Fülgraff und Reinhard Heisig.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

UNI-REPORT erscheint alle 14 Tage am Donnerstag, mit Ausnahme der Semesterferien. Die Auflage von 15 000 Exemplaren wird an die Mitglieder der Universität Frankfurt am Main verteilt. Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom 1. Oktober 1973 gültig. — Druck: Union-Druckerei, 6 Frankfurt am Main.

Am Hochschulrechenzentrum ist die Stelle einer

### WISSENSCHAFTLICHEN HILFSKRAFT

zu besetzen. Gesucht wird ein(e) Bewerber(in) mit guten Kenntnissen der Assemblersprache einer Byte-orientierten Maschine.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung an das Hochschulrechenzentrum, Gräfstraße 38. Nähere Auskunft erhalten Sie dort unter den Telefonnummern 26 09, 28 11 oder 29 95.

Ab 1. 3. 1974 ist in der Abteilung II des Zentrums der Rechtsmedizin die Stelle eines

### WISSENSCHAFTLICHEN BEDIENSTETEN

(BAT II a) zu besetzen.

Bewerber, die an einer allgemeinen rechtsmedizinischen Ausbildung mit besonderen Schwerpunkten in der Verkehrsmedizin und Kriminalbiologie interessiert sind, werden gebeten, sich mit dem Abteilungsleiter (Prof. Dr. K. Luff) in Verbindung zu setzen. Telefon 63 01 - 75 62 (64).

Am Institut für Kriminologie der Johann Wolfgang Goethe-Universität im Fachbereich 1 (Rechtswissenschaft) sind zum 1. März 1974 folgende Stellen zu besetzen:

### WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRAFT

Aufgabengebiet: Mitarbeit an der Erstellung der Dokumentation, der Bücherei sowie der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts. Voraussetzungen: abgeschlossenes Studium der Rechtswissenschaften, möglichst mit überdurchschnittlichen Leistungen insbesondere auch in den Fachgebieten des Instituts. Die Vergütung erfolgt in Höhe von 50 v. H. der Dienstbezüge der 1. Dienstaltersstufe der Besoldungsgruppe A 13 HBesG.;

### WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITER

Dem Stelleninhaber sollen wissenschaftliche Arbeiten zur Organisation, zur Vorbereitung und Durchführung von Forschung und Lehre in den Arbeitsgebieten des Instituts übertragen werden. Voraussetzungen: mindestens abgeschlossenes Studium der Rechtswissenschaften, mit überdurchschnittlichen Leistungen insbesondere auch in den Fachgebieten des Instituts. Die Vergütung erfolgt nach BAT II a.

Bewerbungen sind bis zum 14. Februar 1974 mit den üblichen Unterlagen an den Direktor des Instituts für Kriminologie, Prof. Dr. Friedrich Geerds, 6 Frankfurt a. M., Senckenberganlage 31, zu richten.

Für die Abteilung Rechtsmedizin II im Klinikum der Universität Frankfurt am Main wird eine

### SEKRETÄRIN

gesucht.

Vergütung nach BAT VII, übliche Zulagen sowie Vorteile des öffentlichen Dienstes. Die Stelle kann sofort besetzt werden.

Bewerbungen bitte an: Prof. Dr. K. Luff, Abteilung Rechtsmedizin II, 6 Frankfurt/Main, Kennedyallee 104, Telefon 63 01 - 75 62 (64).

Im Fachbereich Mathematik der Universität Frankfurt, Robert-Mayer-Straße 6-10, ist zum 1. April dieses Jahres die Stelle einer

### SEKRETÄRIN

zu besetzen. (Eventuell auch Teilzeitbeschäftigung möglich.) — Vergütung nach BAT VI b. Englischkenntnisse sind erforderlich.

Bitte rufen Sie Frankfurt 7 98 - 25 12 oder 7 98 - 26 47 an.

Im Fachbereich Mathematik der Universität Frankfurt ist die Stelle einer

### BIBLIOTHEKSSEKRETÄRIN

des Mathematischen Seminars zum 1. April 1974 zu besetzen. Die Vergütung erfolgt nach BAT V c.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis 25. Februar 1974 erbeten an den Dekan des Fachbereichs Mathematik der Universität Frankfurt, 6 Frankfurt, Robert-Mayer-Straße 6-10.

Im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften ist am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Marxistische Wirtschaftstheorie, die Stelle eines

### WISSENSCHAFTLICHEN BEDIENSTETEN

(BAT IIa) zu besetzen. Aufgabengebiete: Mitwirkung bei der Vorbereitung von Lehrveranstaltungen, insbesondere Begleitung von Übungen und Seminaren auf dem Gebiet der marxistischen Wirtschaftstheorie; Mitwirkung bei Forschungsarbeiten sowie Beteiligung an der Instituts- und Bibliotheksverwaltung. Besondere Kenntnisse auf dem Gebiet der marxistischen Kritik der politischen Ökonomie sind erwünscht.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an das Dekanat des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Universität Frankfurt/M., Mertonstraße 17.

In der Fachbereichsbibliothek Religionswissenschaften ist die Stelle einer

### DIPLOMBIBLIOTHEKARIN

(BAT Vb) ab sofort zu besetzen.

Das Arbeitsgebiet umfaßt die selbständige Abwicklung aller in der Fachbereichsbibliothek anfallenden bibliothekarischen Arbeiten, wie Bestellung, Erwerbung, Erteilung bibliothekarischer Auskünfte usw. und vor allem die Katalogisierung.

Bewerber mit entsprechender Vorbildung werden gebeten, ihre Bewerbung bis zum 15. 2. 74 mit den üblichen Unterlagen an das Dekanat des Fachbereichs 6 (Religionswissenschaften), J. W. Goethe-Universität, 6 Frankfurt/M., Senckenberganlage 15-17, zu richten.

Das Klinikum der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main sucht eine

### KINDERGÄRTNERIN, KINDERPFLEGERIN oder KINDERKRANKENSCHWESTER

zur verantwortungsvollen Mitarbeit in der Personal-kindertagesstätte. Wohnmöglichkeit ist vorhanden. Günstige Eingruppierung nach BAT und gute Sozialleistungen werden geboten.

Bewerbungen erbeten an Klinikum der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/M., 6000 Frankfurt a. M. 70, Theodor-Stern-Kai 7, Telefon 63 01 - 50 23.

Im Institut für Physikalische Chemie der Universität Frankfurt/M. ist die Stelle einer

### SCHREIBKRAFT, BAT VII

ab 1. Februar 1974 zu besetzen. Die Bewerberin soll in der Lage sein, nach Steno oder Diktiergerät zu schreiben.

Der Aufgabenbereich schließt auch die Ferienvertretung des Sekretariats des Geschäftsführenden Direktors ein.

Die Stelle kann auf Wunsch halbtätig besetzt werden. Bewerbungen sind zu richten an den Dekan des Fachbereichs Chemie.

**Stellenanzeigen von Einrichtungen der Universität werden im Uni-Report kostenlos abgedruckt. Die letzte Ausgabe im WS 1973/74 erscheint am 14. Februar. Redaktionsschluß ist am 8. Februar.**

# Chronologie eines Konflikts

## Oktober 1973:

In der Frankfurter Studentenzeitschrift „diskus“ (Heft 4, Seite 9) erster Angriff gegen den Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Wolfram Engels mit Ankündigung, ihm „auf die Finger zu klopfen“.

## 5. 11. 1973:

Erste Vorlesung von Prof. Engels im Wintersemester. Studenten fordern die Diskussion in der Vorlesung und die Erstellung eines Skriptums. Prof. Engels sagt die Erstellung eines Skriptums nach Beendigung der Vorlesung zu. Dennoch weitere Störungen, die zum Abbruch der Vorlesung führen.

## 6. 11. 1973:

Bericht von Prof. Engels an den Präsidenten über die Störung und den Abbruch seiner Vorlesung. Bericht wurde gleichzeitig an die Presse übergeben. Zitiert wird insbesondere der Satz: „Ich selbst scheue die Konfrontation nicht, sie macht mir sogar Spaß.“

## 8. 11. 1973:

Antwort des Präsidenten an Prof. Engels, die ebenfalls der Presse übergeben wird. Der Präsident sagt seine Hilfe zu.

## 12. 11. 1973:

Zweite Engels-Vorlesung, die wiederum abgebrochen werden muß. Kommunistische Studenten fordern weiterhin Diskussion. Prof. Engels erklärt sich bereit, die Pause von 1/2 Stunden zwischen den Vorlesungsstunden zur Diskussion zur Verfügung zu stellen. Die Wortführer fordern Diskussionen während der Gesamtvorlesung und ein Mikrofon für die Studenten.

## 14. 11. 1973:

Der AstA fordert die Studenten in einer Presseerklärung auf, „nicht länger mit Engels zu diskutieren, sondern ihn dazu zu bringen, seine Vorlesungen endgültig einzustellen.“ Noch am gleichen Tag beantragt der Präsident unter Hinweis auf diese Erklärung der Studentenschaft bei dem hiesigen Verwaltungsgericht den Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen die Studentenschaft.

## 16. 11. 1973:

Der Präsident untersagt der Studentenschaft rechtsaufsichtlich, entsprechende Aufträge zu erlassen. Die Studentenschaft reagierte nicht.

## 19. 11. 1973:

Dritte Engels-Vorlesung, auch sie muß nach der Pause abgebrochen werden. Auf Vorschlag des Dekans, Prof. Gerd Fleischmann, wird ein Kompromiß angeboten, den der Dekan selbst zu Beginn der Vorlesung vorträgt: 1. Hälfte der Vorlesungen zusammenhängender Vortrag durch Prof. Engels, wobei Verständnisfragen zugelassen sind; 2. Hälfte der Vorlesung steht ganz zur Diskussion zur Verfügung.

Nach der Pause fordern Studenten, einen Diskussionsleiter zu wählen. Prof. Engels gibt dieser Forderung nach, was er später als Fehler bezeichnete. Ein Student wird als Diskussionsleiter gewählt, darauf verläßt Prof. Engels den Saal.

## 26. 11. 1973:

Das Verwaltungsgericht Frankfurt weist den Antrag des Universitätspräsidenten auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen den AstA zurück.

## 28. 11. 1973:

Presse-Erklärungen des Präsidenten wie des AstA zur Entscheidung des Verwaltungsgerichts. Der Präsident bezeichnet den Beschluß als wirklichkeitsfremd und kündigt an, in die nächste Instanz zu gehen.

Die Hochschullehrer des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften teilen in einer an die Presse gegebenen Stellungnahme mit, daß sie bei einem erneuten erzwungenen Abbruch der Vorlesung von Prof. Engels den Präsidenten bitten werden, „den Lehrbetrieb im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften für mindestens eine Woche einzustellen“.

## 30. 11. 1973:

Unter Berücksichtigung der Erklärung der Hochschullehrer gibt der Präsident einen UNI-Report-aktuell heraus, in welchem er auf das unverzichtbare Recht eines Hochschullehrers hinweist, frei zu entscheiden, wie eine Lehrveranstaltung gestaltet wird.

## 3. 12. 1973:

In einem Flugblatt der „KSB-Zelle WiWi“ wird dazu aufgerufen, massenhaft in die Lehrveranstaltung von Prof. Engels am gleichen Tage zu kommen. Zu Beginn der Vorlesung ist der Hörsaal mit rund 800 Sitzplätzen dichtgedrängt überfüllt. Prof. Engels gelingt es nicht, seinen Vortrag zu beginnen. Vermittlungsversuche des Dekans und des Präsidenten scheitern. Zwei kommunistische Studenten werden bei dieser Gelegenheit identifiziert. Nach dieser zum fünftenmal gestörten Vorlesung setzt der Präsident im Einvernehmen mit dem Dekan des Fachbereichs den Lehrbetrieb des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften für eine Woche bis zum 10. 12. 1973 aus.

## 5. 12. 1973:

Die Studentenschaft beantragt beim Verwaltungsgericht Frankfurt den Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen den Präsidenten, um die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs zu erreichen.

## 11. 12. 1973:

Der Präsident erstattet Strafanzeige wegen Nötigung gegen die beiden Studenten Thomas Heymann und Hans-Joachim Milles. Er bezieht sich auf ihre Störungen in der Vorlesung vom 3. 12. 1973.

## 12. 12. 1973:

Der Konvent der Universität nimmt zu den Vorfällen im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften Stellung und faßt einstimmig, allerdings ohne Beteiligung der „Demokratischen Opposition“, bzw. der Minderheitsfraktion, eine Resolution. Darin stimmt er der Maßnahme des Präsidenten, den Lehrbetrieb im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften für eine Woche einzustellen, zu.

Die „Demokratische Opposition“ im Konvent verurteilt am gleichen Tage die Maßnahme des Präsidenten, den Lehrbetrieb im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften für eine Woche einzustellen. Sie bezeichnet die Forderung der Studenten auf freie Diskussion der Lehrinhalte unter selbstgewählter Diskussionsleitung als legitim.

## 14. 12. 1973:

Das Frankfurter Verwaltungsgericht lehnt den Antrag der Studentenschaft auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen den Präsidenten mit dem Ziel, ihn daran zu hin-

dern, die gesamten Lehrveranstaltungen im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften auszusetzen, ab.

## 17. 12. 1973:

Die erste Vorlesung von Prof. Engels nach der einwöchigen Schließung des Fachbereichs kann wiederum nicht stattfinden. Eine „Fachschaft Wirtschaftswissenschaften“ hatte zu einer Vollversammlung im gleichen Hörsaal aufgerufen. Rund 1200 Studenten sind erschienen. Eine ihrer Hauptforderungen ist, die beiden Strafanzeigen gegen die genannten Studenten zurückzuziehen. Wiederum scheitern die Vermittlungsversuche von Dekan Fleischmann und Präsident Kantzenbach. In einer Presseerklärung kündigt darauf der Präsident am gleichen Tage an, daß die Vorlesung von Prof. Engels nach den Weihnachtsferien in einem anderen Hörsaal unter Polizeischutz stattfinden werde.

## 18. 12. 1973:

Verschiedene Studentengruppen und der AstA rufen zu einer Vollversammlung auf. Die Vollversammlung beschließt, die Vorlesung von Prof. Engels zu boykottieren und in der ersten Vorlesungswoche nach den Weihnachtsferien eine Aktionswoche zu veranstalten.

## 7. 1. 1974:

Rund 800 Studenten demonstrieren vor den Polizeiabsperrungen in der Siesmayerstraße, etwa 30 Studenten kommen in die Vorlesung, die ungehindert stattfinden konnte.

## 10. 1. 1974:

Die Einführungsvorlesung des Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Joachim Gäbler muß nach etwa 70 Minuten abgebrochen werden, da eine Reihe von Studenten lautstark eine Diskussion über Zwischenprüfungsgebühren fordern. Ein Tutor erklärt, daß alle Tutoren von Prof. Gäbler ihre Arbeit niederlegen werden, falls weiterhin mit Strafanzeigen gegen „diskutierende Studenten“ gedroht würde.

## 14. 1. 1974:

Der Hessische Verwaltungsgerichtshof revidiert den Beschluß des Verwaltungsgerichts Frankfurt und untersagt der Studentenschaft, weiterhin Vorlesungen von Prof. Engels zu stören. Aufgrund dieser Entscheidung beantragt der Präsident drei Tage später beim Verwaltungsgericht Frankfurt, generell der Studentenschaft zu untersagen, zu Vorlesungsstörungen, Vorlesungsstreiks oder Vorlesungsboykotts aufzurufen oder daran mitzuwirken.

Trotz Polizeieinsatz kann die Vorlesung von Prof. Engels im Biologischen Institut nicht stattfinden. Rund 200 hörberechtigte Studenten folgten einer Aufforderung, die auf einer Vollversammlung des gleichen Tages gestellt wurde, in den Hörsaal hineinzugehen und die Vorlesung von innen zu sprengen. Durch Trommeln, Sprechchöre und Pfiffe machen sie es Prof. Engels unmöglich zu lesen. Die Studenten warten rund eine Stunde lang im Hörsaal, während die Universitätsleitung mit der Polizeiführung über die weitere Verfahrensweise verhandelt. Als der Präsident, der Dekan und Prof. Engels den Hörsaal betreten, setzt der Lärm erneut ein. Der Versuch, eine Vorlesung zu halten, muß abgebrochen werden. Die Studenten verlassen ohne Gewaltanwendung das Hörsaalgebäude. Während der ganzen Zeit

demonstriert eine Gruppe von ebenfalls rund 200 Studenten vor den Polizeiabsperrungen.

## 15. 1. 1974:

Aufgrund der Erfahrung, daß trotz Polizeischutz die Engels-Vorlesung nicht gesichert werden kann, setzt der Präsident alle Lehrveranstaltungen im Grundstudienprogramm im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften für den Rest dieses Semesters aus. In einer Erklärung vom gleichen Tage fordert er die betroffenen Studenten auf, sich anhand der von den Hochschullehrern angegebenen Literatur bzw. der ausgegebenen Skripten auf die Klausuren am Ende dieses Semesters, die nicht ausfallen werden, vorzubereiten.

## 16. 1. 1974:

Auf einer Vollversammlung mit rund 1500 Teilnehmern wird ein totaler „Vorlesungsstreik“ beschlossen. In den einzelnen Fachbereichen sollen Vollversammlungen über die Art der Durchführung des „Streiks“ diskutieren. Die Ergebnisse dieser Fachbereichsvollversammlungen sol-

len eine Woche später auf einer zweiten Vollversammlung für Studenten aller Fachbereiche vorgetragen werden. Mit dem „Streikbeschluß“ werden im wesentlichen folgende Forderungen verbunden:

1. Sofortige Wiederaufnahme der Lehrveranstaltungen im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften,
2. Beschränkung der Prüfungsfragen in den Klausuren auf die Themen, die in Vorlesungen oder Tutorengruppen behandelt wurden,
3. Rücknahme der Strafanzeigen und keine weiteren Anzeigen,
4. Volles Rede- und Diskussionsrecht in allen Veranstaltungen.

## 17. 1. 1974:

In einem Rundschreiben an alle Hochschullehrer und Lehrbeauftragten fordert der Präsident dazu auf, im Falle von Störungen ihrer Veranstaltung dem Dekan bzw. dem Präsidenten Nachricht zu erteilen. An diesem wie am folgenden Tag kommt es jedoch noch kaum zu Störungen.

(Fortsetzung auf Seite 8)

# Pupille

## frankfurter studenten kino

jügelstraße 1, studentenhaus festsaal im ersten stock

beginn: 13.45 uhr, 16.15 uhr, 20.15 uhr

studenten, schüler, lehrkräfte 2,50 dm

andere gäste 3,00 dm

Dienstag, 5. Februar

### Todesmelodie

Italien 1970 – Regie: Sergio Leone – Darsteller: Rod Steiger, James Coburn, Maria Monti – Musik: Ennio Morricone  
Zwei ausgekochte Halunken, ein Dynamitexperte aus Irland und ein schießfreudiger Mexikaner verfolgen in der Pancho-Villa-Revolution in Mexiko durchaus eigene Ziele. Ein Film, um den politischen Anspruch von Sergio Leone zu überprüfen.

Mittwoch, 6. Februar

### Singin' in the Rain (Originalfassung)

USA 1952 – Regie: Stanley Donen / Gene Kelly – Darsteller: Gene Kelly, Debbie Reynolds, Cyd Charisse, Donal O'Connor.  
Eines der klassischen Musicals, das in Hollywood in der Zeit der ersten Tonfilme spielt. Die berühmten Songs „My Lucky Star“, „Broadway Melody“ und „Singin' in the Rain“ (das Lied, von dem der Held von „A Clockwork Orange“ fasziniert ist).

Donnerstag, 7. Februar (NS Filmserie IV)

### Hitler – Die letzten 10 Tage

England 1972 – Regie: Ennio de Concini – Darsteller: Alec Guinness, Doris Kunstmann, Diane Cilento, Adolfo Celi, John Bennett  
NS-Geschichte als Kolportage. Der erste Spielfilm über Hitler, der sich konsequent an die historischen Tatsachen halten will. Nach einem Augenzeugenbericht gedreht. (Informationsblatt)

Dienstag, 12. Februar

### Psycho

USA 1960 – Regie: Alfred Hitchcock – Darsteller: Anthony Perkins, Janet Leigh, Vera Miles, John Gavin, Martin Balsam  
Hitchcocks Film zählt zu den Klassikern des Genres. In einem schäbigen Motel in Californien wird eine Frau unter der Dusche erstochen. Eine Sequenz, die unübertrefflich schockierend inszeniert ist. Nichts für schwache Nerven

Mittwoch, 13. Februar

### Zwei Freundinnen (Les Biches)

Frankreich/Italien 1967 – Regie: Claude Chabrol – Darsteller: Stephane Audran, Jean-Louis Trintignant, Jacqueline Sassard  
Die intime Beziehung zweier extravaganter junger Frauen in St. Tropez schildert dieser Film von Chabrol. Die Ruhe wird durch einen Mann gestört.

Donnerstag, 14. Februar

### Große Lüge Lylah Clare

(The Legend of Lylah Clare)

USA 1967 – Regie Robert Aldrich – Darsteller: Kim Novak, Ernest Borgnine, Peter Finch, Rossella Falk, Valentina Cortese  
Die Hollywood-Traumwelt: Wie ein Star gemacht wird. Ein Schlüsselfilm über die Karrieren von Jean Harlow und Lana Turner.

## Chronologie eines Konflikts

(Fortsetzung von Seite 7)

Der Dekan des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften, Prof. Fleischmann, verbreitet eine Erklärung zur Aussetzung der Lehrveranstaltungen. Er gibt bekannt, daß er für die Einstellung nur der Vorlesung von Prof. Engels plädiert habe. Als Lösung des Konflikts schlägt er neue Verhaltensregeln zur Vorlesung vor, die eine kritische und zugleich rationale Auseinandersetzung ermöglichen.

### 21. bis 23. 1. 1974:

In fast allen Fachbereichen finden Vollversammlungen statt, auf denen die Frage des „Streiks“ zur Abstimmung gestellt wird. Lediglich in den Fachbereichen Chemie, Biochemie und Pharmazie sowie Geowissenschaften werden keine Vollversammlungen veranstaltet. Für einen „Streik“ wird in den meisten geisteswissenschaftlichen Fachbereichen gestimmt. Die gemeinsame Vollversammlung Mathematik und Physik sowie die Vollversammlung Geographie stimmt mit knapper Mehrheit gegen einen Streik. In den Fachbereichen Religionswissenschaften und Humanmedizin wird kein Beschluß gefaßt.

### 21. 1. 1974:

Eine Universitätsvollversammlung wird wegen der großen Zahl der Zuhörer auf das Campus-Gelände ins Freie verlegt. Studenten berichten über die Aktivitäten in den einzelnen Fachbereichen. Mit großer Mehrheit wird die Durchführung des „Aktiven Streiks“ ab sofort bestätigt. Parallel dazu soll vom folgenden Tag an bis zum Freitag, dem 25. 1., eine „Urabstimmung“ stattfinden.

den. Obwohl der aktive Streik schon an diesem Tag beginnen sollte, kann der Lehrbetrieb weitgehend aufrechterhalten werden.

### 22. 1. 1974:

Auf einer Pressekonferenz in Wiesbaden wird über die Ergebnisse einer gemeinsamen Besprechung der Landesregierung, der Frankfurter Universitätsleitung und der Frankfurter Polizeiführung berichtet.

1. Gegen die Störer soll mit allen zur Verfügung stehenden Maßnahmen vorgegangen werden. In enger Zusammenarbeit werden das Innenministerium, das Justizministerium und das Kultusministerium, die Universitätsleitung und die Frankfurter Polizeileitung Lösungsmöglichkeiten des Konflikts beraten.

2. Die Klausuren am Ende dieses Semesters sollen unter allen Umständen durchgeführt werden. Notfalls werden sie unter Polizeischutz stattfinden.

3. Strafanzeigen gegen Störer sollen vordringlich behandelt werden.

4. Langfristig sollen wirkungsvollere Mittel zur Verhinderung von systematischen Störungen diskutiert werden.

Während der Kultusminister ein Ordnungsrecht für die Hochschulen ablehnt, setzt sich Präsident Kantzenbach dafür ein, daß es neu diskutiert wird. Er berichtet, daß die Westdeutsche Rektorenkonferenz einen entsprechenden Ausschuß eingerichtet hat, in dem er Mitglied ist.

Am gleichen Tage beginnt die „Urabstimmung“. Nach Auskunft des AstA haben bis zum

Abend rund 3500 Studenten daran teilgenommen. Eine Reihe von Lehrveranstaltungen, insbesondere in den Fachbereichen Gesellschaftswissenschaften, Erziehungswissenschaften und Psychologie, können an diesem Tag nicht stattfinden.

Auf einer Tutorenvollversammlung berichten die Tutoren von Prof. Gäbler, daß ihnen wahrscheinlich eine fristlose Kündigung bevorsteht. Die Versammlung beschließt eine „Solidaritätsresolution“, die von 68 Tutoren der Fachbereiche Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Gesellschaftswissenschaften, Erziehungswissenschaften und Neuere Philologien unterzeichnet wird. Diese Resolution überbringt eine Gruppe von rund 50 Tutoren dem Präsidenten.

### 23. 1. 1974:

Der „Streik“ breitet sich aus. Teilweise werden hörwillige Studenten durch „Streikposten“ daran gehindert, in die Lehrveranstaltung zu gehen, teilweise wird in Lehrveranstaltungen mit oder ohne Zustimmung des Hochschullehrers nicht über den vorgesehenen Stoff, sondern über die aktuelle Situation diskutiert. Im „Turm“ ruht fast der gesamte Lehrbetrieb mit Ausnahme des Fachbereichs Religionswissenschaften.

Die sechs Tutoren von Prof. Gäbler werden fristlos gekündigt.

### 25. 1. 1974:

Der Landesvorsitzende der hessischen CDU, Dr. Alfred Dregger, besuchte mit Landtagsabgeordneten der CDU die Universität, um sich von Präsident Kantzenbach und weiteren Mitgliedern der Universität über die gegenwärtige Situation informieren zu lassen.

Das Gespräch findet im Senatssaal unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Besuch war einige Tage zuvor von der CDU bekannt gegeben worden. Obwohl er als „Provokation“ von studentischer Seite aufgefaßt wurde, kam es zu keinen Auseinandersetzungen, nachdem der AstA in einer Presseerklärung aufgefordert hatte, diesen Besuch zu ignorieren. Nach dem Gespräch forderte Dregger auf einer Pressekonferenz außerhalb der Universität die Einführung eines Ordnungsrechts und die Novellierung des Hessischen Universitätsgesetzes.

Ministerpräsident Albert Osswald bezeichnet in Wiesbaden den „Streik“ der Frankfurter Studenten als einen „grotesken Mißbrauch von Institutionen des Arbeitskampfrechts“.

Die „Urabstimmung“ über den „Streik“ wird beendet. Die Beteiligung beträgt 48 Prozent aller Immatrikulierten, das heißt 10 131 Studenten gaben ihre Stimme ab. 5458 wahlberechtigte Studenten stimmten für den „Streik“ (54 Prozent der abgegebenen Stimmen), 4415 Studenten stimmten gegen den „Streik“ (43,7 Prozent der abgegebenen Stimmen), 226 Studenten kreuzten auf dem Stimmzettel „Enthaltung“ an (2,2 Prozent der abgegebenen Stimmen).

### 27. 1. 1974:

Auf einer Universitäts-Vollversammlung mit zunächst fast 3000 Teilnehmern sollen das Ergebnis der „Urabstimmung“ und die daraus zu ziehenden Konsequenzen diskutiert werden. Neben einer „Manöverkritik“ über den Verlauf und die Organisation des bisherigen „Streiks“ werden verschiedene Strategien vorgeschlagen, darunter die Befristung des Streiks, die Aufklärung der Bevölkerung und die Förde-

rung der dezentralen Aktionen in den Fachbereichen. Nach knapp dreistündiger Debatte wird die Vollversammlung aufgelöst, ohne daß Beschlüsse gefaßt wurden.

In einer von den „provisorischen Fachschaften“ Mathematik und Physik einberufenen Vollversammlung kommt es zum ersten Mal zu ernsteren handgreiflichen Auseinandersetzungen. Zwei ad-Mitglieder wurden mit Prügel vom Podium befördert, nachdem mit großer Mehrheit darüber abgestimmt worden war, daß die Vertreter der „provisorischen Fachschaften“ die Diskussionsleitung übernehmen sollten.

### 28. 1. 1974:

Vor der Landespressekonferenz in Wiesbaden kündigt Kultusminister Prof. von Friedeburg einen Erlass zum „Hausordnungsrecht“ für die hessischen Hochschulen an.

Das Verwaltungsgericht Frankfurt untersagt der Studentenschaft generell, sich an Störungen oder Aufrufen zu Störungen von Lehrveranstaltungen zu beteiligen.

Eine Vollversammlung im Fachbereich Humanmedizin stimmt mit großer Mehrheit gegen den „aktiven Streik“. Sie unterstützt jedoch die Forderungen, die inzwischen hinter allen Aktionen und Beschlüssen im Zusammenhang mit der „Streik“-Bewegung stehen:

- Freies Rede- und Diskussionsrecht in allen Veranstaltungen
- Wiederaufnahme der ausgesetzten Lehrveranstaltungen
- sofortige Zurücknahme der Strafanträge und keine weiteren Strafanzeigen
- Schluß mit der juristischen Maßregelung des AstA
- Wiedereinstellung der entlassenen Tutoren
- Kein Verbot des KSV.

# Studentenreisen '74

## Reisen für Studenten, Schüler, junge Leute

### Urlaubsreisen – Städtetrips – Studienreisen – Ferienhäuser

### Verbilligte Transporte für Flug, Bahn, Bus, Schiff

Wir wollen auch was für die geplagten

Uni-Angestellten tun:

Sie können über uns  
und Ferienhäuser buchen



Studentischer Reise- und Informationsdienst GmbH

6000 Frankfurt am Main  
Bockenheimer Landstraße 142  
Telefon 70 11 51 und HA 14115